

PB3C News (25. KW)

XXI. Jahrgang, Erscheinungstag: 15.6.2020

KOMMENTAR

Covid-19 kann uns Weitsicht lehren



Lars von Lackum

LEG Immobilien AG

Covid-19 ist noch nicht überwunden. Zwar ist der mehrwöchige Stillstand inzwischen weitgehend beendet, doch die wirtschaftlichen Folgen werden erst langsam sichtbar. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass die Bundesregierung ein ambitioniertes Konjunkturpaket aufgelegt hat. Auf dieser Grundlage wird Deutschland – dank eines vorausschauenden Krisenmanagements – die Krise sicherlich schneller hinter sich lassen als viele andere Länder. Genau diese Weitsicht sollten wir uns in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auch über die akute Pandemie hinaus erhalten. Denn Covid-19 ändert nichts daran, dass im Klimawandel die ungleich größere Herausforderung auf uns wartet.

In vielen Bereichen haben wir auf diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe trotz ambitionierter Zielvorgaben noch keine praktische Antwort gefunden. Im Gebäudesektor etwa wird bis 2050 Klimaneutralität angestrebt. Nach Schätzungen der Bundesregierung sind allein für die entsprechenden Modernisierungen jährlich zweistellige Milliardenbeträge nötig. Um es gleich klarzustellen: Es kann kein Zweifel an der Richtigkeit und Wichtigkeit dieses Ziels bestehen, schließlich fallen allein beim Betrieb von Immobilien 30 % der deutschen Treibhausgasemissionen an.

Doch obwohl große Einigkeit in Politik, Immobilienwirtschaft und Zivilgesellschaft herrscht, muss man angesichts der Corona-Pandemie umso klarer feststellen: Wir werden ohne weitere Förderung die anvisierte Sanierungsquote nicht erreichen. Die Diskussion über das Wie wird nicht einfach, aber sie ist notwendig. Wären flächendeckende Modernisierungen ein nachrangiges Ziel, könnte man die entsprechenden Anstrengungen zurückfahren und den Beteiligten eine Verschnaufpause gönnen. Doch das können wir uns nicht leisten. Der Klimawandel nimmt sich schließlich auch keine Auszeit, wie die vergangenen trockenen Monate erneut eindrücklich unter Beweis gestellt haben.

Neben der grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft sollte die Diskussion über zügige und flächendeckende Modernisierungen daher zwei weitere Prämissen erfüllen: politische Verbindlichkeit und die Möglichkeit flexibler Lösungen. Nur so wird es gelingen, die Zielkonflikte zu lösen, die sich im sozial sensiblen Bereich des Wohnens unweigerlich ergeben. Für einen Teil der Bevölkerung bedeutet die Umlage von Sanierungskosten eine spürbare Belastung – während private Vermieter die Kosten für den Klimaschutz nicht allein tragen können. Es wäre daher ein Fehler, wenn technische Vorgaben auf einzelne Aspekte und Verfahren verengt werden – den Handelnden vor Ort muss ein praktikabler Handlungsspielraum bleiben. Während etwa ein reiner Fokus auf die Dämmung von Gebäuden den Primärenergiebedarf ausklammert, gibt es auf der anderen Seite vielversprechende Ansätze für kostengünstige und effektive serielle Dämmtechniken, die sich aber nicht für jedes Gebäude eignen.

Gelingt es, sowohl Technologieoffenheit als auch regulatorische Flexibilität mit einer sinnvollen öffentlichen Förderung zu verbinden, fänden Politik und Zivilgesellschaft in der Immobilienwirtschaft einen verlässlichen und engagierten Partner – davon bin ich überzeugt. Denn dass die Unternehmen ihren Beitrag zu dieser Generationenaufgabe leisten, haben sie in der Vergangenheit bereits gezeigt: Um immerhin 44 % sind die Emissionen im Gebäudesektor zwischen 1990 und 2018 gesunken. Ein Achtungserfolg, doch der größere Teil der Aufgabe liegt noch vor uns. Die Wohnungswirtschaft muss mit eigenen Investitionen weiterhin ihren Handlungswillen demonstrieren. Die Bevölkerung muss eine breitere Akzeptanz dafür entwickeln, dass die Miete nach einer energetischen Modernisierung in moderatem Umfang steigt. Und Bund, Länder und Kommunen müssen für die finanzielle Unterstützung bedürftiger Mieter sowie für einen Ausbau der Technologieförderung sorgen.

Sollte an dieser Stelle ein dauerhafter Zielkonflikt zwischen den sozialen Belangen der Mieter, der ökologischen Nachhaltigkeit der Bestandsgebäude und der ökonomischen Vorteilhaftigkeit von Investitionen bestehen bleiben, dann ist der klimagerechte Umbau des

deutschen Immobilienbestands zum Scheitern verurteilt. Zur Erreichung der Klimaziele braucht es genau wie zur Überwindung der Covid-19-Krise den Willen und die Anstrengung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Letzten Endes zählt daher nur eins: Wir als Gesellschaft müssen die Aufgabe angesichts der schieren Dimensionen – sowohl die Herausforderung als auch die möglichen Folgen betreffend – in ihrer gesamten Breite diskutieren und anpacken. Ins Zentrum gehören dabei Effizienzsteigerungen auf allen relevanten Ebenen. Neben der Dämmung von Gebäuden umfasst das beispielsweise den Stromverbrauch der Haushalte und die Stromproduktion – an der sich gut zeigen lässt, dass es auch im Großen auf die kleinen Details ankommt: etwa beim Mieterstromgesetz, das seit 2017 in Kraft ist und die dezentrale Stromproduktion fördern soll. 3,5 Mio. Wohnungen kämen laut Schätzungen des Bundeswirtschaftsministeriums für die Versorgung mit direkt vor Ort produziertem Strom aus Photovoltaik infrage.

Die bisherige Bilanz dürfte jedoch ernüchternd ausfallen – denn ein Webfehler verhindert, dass Wohnungsunternehmen diese ökologisch und hinsichtlich der Energiekosten sehr sinnvolle Möglichkeit nutzen. Tun sie es doch, verlieren sie unter anderem das Recht auf eine erweiterte Kürzung der Gewerbesteuer und werden Energieunternehmen gleichgestellt – was auf die Vermietungseinnahmen wirkt und das gesamte Geschäftsmodell sehr negativ belastet. Die Folge ist logisch: Zu wenige Wohnungsunternehmen bieten in größerem Umfang Mieterstrom an.

Die Finanzhilfen in der Covid-19-Pandemie beweisen einmal mehr, dass hierzulande in besonderen Situationen ambitionierte Pläne in kürzester Zeit umgesetzt werden können. Wir sollten uns den Erfolg bei der Bewältigung dieser Krise zum Beispiel nehmen, um den Gefahren des Klimawandels mit einem ebenso großen Wurf zu begegnen – auch und gerade im Gebäudesektor.

Dieser Artikel erschien am 19.6. in der FAZ.

Haben Sie Anmerkungen oder Fragen? Dann schreiben Sie an den Leiter unserer Redaktion
[Dr. Josef Girshovich](#).

Deutliche Kritik am geplanten Umwandlungsverbot

Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) hat einen Referentenentwurf für ein „Baulandmobilisierungsgesetz“ in die Verbändeanhörung gegeben, in dem neben einem Vorkaufsrecht für Kommunen auch ein Umwandlungsverbot vorgesehen ist, berichten die **FAZ** am 13.6., die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 18.6. und das **HANDELSBLATT** am 19.6. Ziel sei, die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen deutlich zu erschweren. Vorgesehen sei ein Genehmigungsvorbehalt für die Behörden, wie es ihn bereits in sogenannten Milieuschutzgebieten gebe. Kritik an dem Entwurf komme nicht nur von den Immobilienverbänden, sondern auch aus der Union. Wolfgang Steiger vom CDU-Wirtschaftsrat habe die CDU/CDU-Bundestagsfraktion aufgefordert, „den Minister zu stoppen“. Jan-Marco Luczak von der CDU/CSU-Fraktion für Recht und Verbraucherschutz gebe zu bedenken, es sei „inkonsequent, wenn wir beim Baukindergeld viele Milliarden für die Eigentumbildung von Familien in die Hand nehmen, gleichzeitig aber das Entstehen neuer Eigentumswohnungen verhindern“. Zudem schütze Wohneigentum vor steigenden Mieten. Andreas Ibel vom Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen bezeichne den Entwurf als „Neubaubremse“, die das Angebot an Eigentumswohnungen weiter verknappen und verteuern werde. Oliver Koch von Fortis gebe zu bedenken: „Wer kaufen will, dem bleibt fast nur der teurere Neubau.“ Jürgen Michael Schick vom IVD sagte anlässlich des Deutschen Immobilientages der **IMMOBILIEN ZEITUNG** online am 18.6. zufolge, ein Umwandlungsverbot konterkariere das politische Vorhaben, Wohneigentum zu fördern: „Der Boom auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt hat dazu geführt, dass große Teile der Bevölkerung sich Wohneigentum nur im Bestand leisten können.“ Mit einem Umwandlungsverbot würden diese Menschen vom Eigentumsmarkt ausgeschlossen. „Dabei geht der Gesetzgeber von völlig falschen Voraussetzungen aus. Selbstnutzer kaufen keine vermieteten Wohnimmobilien, Kapitalanleger haben gerade an vermietetem Wohneigentum Interesse. Auch sind Mieter per Mietervorkaufsrecht und Kündigungsbeschränkungen bereits optimal geschützt“, betone Schick.

Das Gebäudeenergiegesetz ist beschlossen

Der Bundestag hat das Gebäudeenergiegesetz (GEG) beschlossen, berichtet die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 19.6. online. Die energetischen Anforderungen an Neu- und Bestandsbauten würden dem GEG nach nicht erhöht und sollten im Jahr 2023 erneut überprüft werden. Enthalten sei zudem eine Innovationsklausel, die Unternehmen mehr Spielraum gebe, die energetischen Vorgaben zu erreichen, was bedeute, dass nicht mehr

jedes einzelne Gebäude die energetischen Anforderungen erfüllen müsse, solange die Bilanz im gesamten Quartier den Anforderungen gerecht werde. Zudem ermögliche die Klausel, von der bisherigen Kenngröße der Primärenergie auf Treibhausgasemissionen umzusteigen, sodass die Klimaziele Deutschlands auch anders als mittels Gebäudedämmung erreicht werden könnten.

Baugenehmigungszahlen steigen weiter

Dem Statistischen Bundesamt (Destatis) zufolge wurde im Zeitraum Januar bis April 2020 der Bau von 110.600 Wohnungen genehmigt, berichten die **IMMOBILIEN ZEITUNG** online und **THOMAS DAILY** am 19.6. Das sei ein Anstieg um 4,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Besonders stark sei der Zuwachs mit 14,3 % bei den Zweifamilienhäusern gewesen, die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser habe sich um 5,5 % erhöht, die der Neubauten um 4,7 %, und an Einfamilienhäusern seien 1,3 % mehr genehmigt worden. Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) und der Immobilienverband Deutschland (IVD) hätten dennoch angemahnt, das Wachstum nicht zu behindern. Planungsprozesse müssten dereguliert und digitalisiert werden, und auch der Entwurf des Baulandmobilisierungsgesetzes müsse nachgebessert werden.

Der Mietendeckel zeigt erste Wirkung

Der Mietendeckel zeigt erste Wirkung, schreibt die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 18.6. Die Angebotsmieten für gedeckelten Berliner Bestandswohnungen seien einer Analyse der Angebotsmieten durch Immowelt zufolge binnen Jahresfrist im Schnitt um 8 % gesunken, die Preise für von der Deckelung ausgenommene Neubauten seien um 17 % gestiegen. Für die Analyse seien Daten aus dem Zeitraum Januar bis Mai dieses Jahres mit denen des Vorjahreszeitraums verglichen worden. Derzeit würden Berliner Wohnungen für durchschnittlich 10,10 Euro/qm angeboten, was aber immer noch deutlich über der seit Februar 2020 geltenden Obergrenze von 9,80 Euro/qm liege. ImmoScout24 zufolge lägen die verlangten Mieten bei rund neun von zehn der angebotenen Berliner Bestandswohnungen über der Obergrenze. Zudem führe der Mietendeckel dazu, dass immer weniger Mietwohnungen mit Baujahr bis 2014 angeboten würden. Wie der **TAGESSPIEGEL CHECKPOINT** am 18.6. berichtet, ist die Zahl der Angebote seit dem Mietsteigerungsstopp vor einem Jahr um 44 % zurückgegangen, während die Zahl der Verkaufsangebote in diesem Segment um 37 % gestiegen ist.

Trendviertel in München

Nirgendwo sonst in Deutschland sind die Mieten im vergangenen Jahr so stark gestiegen wie in der südlichen Münchener Altstadt, schreibt das **HANDELSBLATT** am 19.6. im Rahmen seiner Serie ‚Deutschlands Trendviertel 2020‘. Im Hackenviertel, wo die Mieten am höchsten lägen, seien die Angebotsmieten einer Analyse von VDP Research zufolge auf 25 Euro/qm und damit um 6 % im Vergleich zu 2018 gestiegen. „Durchschnittsverdiener können sich die zentrumsnahen Lagen in München schon lange nicht mehr leisten“, sage Andre Schmöller von Domicil Real Estate. Mario Schüttauf von Commerz Real erläutere: „Wohnimmobilien in München sind im übertragenen Sinne für viele so etwas wie ein Stück Schweiz.“ Gerade jetzt suchten die Menschen nach sicheren Anlagen, weshalb Corona auf den Münchener Markt keinen nachhaltig negativen Einfluss haben werde. Dazu trage auch der Flächenmangel bei, wie Thomas Meyer von Wertgrund zu bedenken gebe. Gerade im Innenstadtring gebe es für Nachverdichtung wenig Potenzial, zumal es dort anders als in vielen anderen deutschen Städten eine große Konkurrenz durch Büros und Einzelhandel gebe. „Gerade bei Büros lassen sich weiter Mieten von 40 Euro/qm erzielen“, sage Meyer. Die durchschnittlichen Angebotsmieten von Münchener Wohnimmobilien hingegen seien laut VDP Research im vergangenen Jahr im Schnitt um 3 % gegenüber 2018 auf 19,60 Euro/qm gestiegen.

Trendviertel in Kiel

Kiel ist eine beliebte Wohnstadt, schreibt das **HANDELSBLATT** am 15.6. im Rahmen seiner Serie ‚Deutschlands Trendviertel 2020‘. Seit zwei Jahrzehnten steige die Einwohnerzahl und liege derzeit bei knapp 250.000. Kiel profitiere vor allem von zwei Faktoren: Die Christian-Albrechts-Universität ziehe Studenten, Professoren und Universitätsmitarbeiter an, und das Meer Sorge für einen hohen Freizeitwert und eine besondere Lebensqualität. Viele Uniabsolventen blieben daher nach dem Studium in der Stadt und pendelten gegebenenfalls zur Arbeit nach Hamburg. Am Immobilienmarkt Sorge die Universität für eine stetige Nachfrage nach kleineren Wohnungen, weshalb Kieler Apartments auch als Geldanlage geeignet seien. „Wir glauben an den Standort Kiel“, sage Timo Holland von Wertgrund, denn die Stadt sei langfristig attraktiv, insbesondere in den zwischen Universität und Innenstadt gelegenen Vierteln. Allerdings seien Grundstücke knapp, zumal die Politik eher auf Nachverdichtung setze, als Grünflächen zugunsten von Baugrund aufzugeben.

Die Nachfrage nach Büros sinkt

Realxdata zufolge war die Nachfrage nach Büros im März und April um fast 40 % niedriger als im Vorjahr, berichtet die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 18.6. Im Mai allerdings sei die Nachfrage wieder um 10 % im Vergleich zum Vormonat gestiegen. „Das Immobilienjahr 2019 war im Q2 sehr stark,“ erkläre Javier Tarragona von Realxdata das derzeit vergleichsweise schwache Abschneiden des Büroimmobilienmarkts: „Ein Rückgang der Nachfrage muss daher nicht unbedingt mit dem Coronavirus zusammenhängen.“ Jedoch sei es angesichts der starken Ausweitung von Home- und Mobileoffice plausibel, wenn aktuell keine großen Büroräume gekauft oder angemietet würden.

FONDS- UND FINANZ-NEWS

Offene Immobilienfonds bleiben auch in der Krise stabil

Während andere Anlagesegmente vor allem im März zum Teil deutliche Verluste haben hinnehmen müssen, war die durchschnittliche Performance der offenen Immobilienfonds im Q1 2020 positiv, berichten die **BÖRSEN ZEITUNG** und **DIE WELT** am 17.6. sowie die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 18.6. Scope zufolge seien im Q1 2020 allen offenen Immobilienfonds zusammen vier Mrd. Euro zugeflossen. Allerdings habe Scope die Ratings von zwölf offenen Immobilienfonds gegenüber dem Vorjahr herabgestuft, da sich infolge der Corona-Krise die Risiken für die Stabilität und die Höhe der Mieterträge erhöht haben. Am besten schneide mit aa- der ‚Wertgrund WohnSelect‘ ab. Die Rendite des Wertgrundfonds sei 2019 gegenüber dem Vorjahr gesunken, die Prognose für 2020 liege bei „stabil bis leicht sinkend“. Die Renditespitzenengruppe bildeten die beiden Wohnfonds ‚Wertgrund WohnSelect‘ mit 4,4 % und ‚Fokus Wohnen Deutschland‘ mit 4,84 %. Während Scope bei den offenen Wohnfonds generell kaum Wertkorrekturen oder einbrechende Cashflows erwarte, seien die Aussichten für Fonds, die hauptsächlich Gewerbeimmobilien hielten, schlechter. Nach Einschätzung von Scope seien die Fonds besser auf eine Krise vorbereitet, als es noch vor rund zehn Jahren der Fall gewesen sei. Aufgrund der nach 2008/09 geänderten Gesetzeslage sei zudem nicht damit zu rechnen, dass Anleger ihr Geld schnell abziehen. Die Gefahr einer Liquiditätsklemme sei deshalb trotz der Rezession infolge Corona gering, zumal die Fonds über ausreichend liquide Mittel von durchschnittlich knapp 20 % des Fondsvermögens verfügten. Auch seien seit Beginn der Krise bis Ende Mai keine außergewöhnlichen Mittelabflüsse zu beobachten gewesen.

Immobilienfondsspezialfonds sind weniger riskant als Immobilienaktien

Die DVFA hat untersucht, in welchen Marktphasen eine Arbitrage zwischen börsennotierten Immobilienunternehmen und nicht-börsennotierten Immobilienfonds für institutionelle Investoren möglich ist, schreibt die **BÖRSEN ZEITUNG** unter Berufung auf die ihr vorab vorliegende Studie am 16.6. Sie zeige, dass über den gesamten Betrachtungszeitraum von Januar 2007 bis März 2018 zunächst keine höheren Total Returns erzielbar gewesen seien, weder durch Listing bzw. IPO bzw. Spin-off, also durch signifikant höhere Total Returns der börsennotierten Immobilienunternehmen gegenüber den Total Returns der Immobilienspezialfonds, noch durch Delisting bzw. Umwandlung, also signifikant höhere Total Returns der Immobilienspezialfonds gegenüber den Total Returns der börsennotierten Immobilienunternehmen. Das Risiko der börsennotierten Immobilienunternehmen sei dabei signifikant höher gewesen als das Risiko der Immobilienspezialfonds.

Starke Nachfrage nach Baukrediten

Anders als erwartet haben Banken und Sparkassen der Bundesbank zufolge im April, dem ersten kompletten Corona-Krisen-Monat, Neugeschäfte in der privaten Baufinanzierung mit einem Volumen von insgesamt 24,3 Mrd. Euro abgeschlossen, berichtet die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 18.6. Das sei zwar etwas weniger als im Vormonat, doch im Vergleich zum Vorjahreswert sei das Volumen damit um 5,2 % bzw. 1,2 Mrd. Euro gewachsen. „Die Nachfrage nach Wohnimmobilien ist weiterhin sehr stabil – wir gehen eigentlich davon aus, dass sie womöglich sogar noch weiter steigen wird, je stärker persönliche Beratung und Besichtigungstermine wieder möglich sind“, habe ein Sprecher der Sparkasse erklärt.

VERSCHIEDENES

Erneuerbare Energien für einen konstanten Cashflow

Wie Jan-Peter Müller von Commerz Real in seinem Beitrag in der **ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE KREDITWESEN** 12/2020 erklärt, sollte der konsequente Umstieg auf erneuerbare Energien Teil einer jeden zukunftsgerichteten Klima- und Industriestrategie sein. Um den Wechsel zu einer CO₂-neutraleren und langfristig wettbewerbsfähigen

Energieversorgung zu meistern, seien aber massive Anfangsinvestitionen nicht nur in die eigentlichen Kraftwerke nötig, sondern auch in die angrenzende Infrastruktur, etwa in smarte Energienetze und Speicherkapazitäten. Die Experten der Internationalen Energieagentur schätzten den Investitionsbedarf im Stromsektor auf 16,7 Bio. USD bis zum Jahr 2060, um das Klimaziel des Pariser Abkommens zu erreichen. Für Investoren böten sich in der Wende hin zu einer CO₂-neutraleren Wirtschaft attraktive Investitionsmöglichkeiten mit zumeist regelmäßigen und relativ gut prognostizierbaren Cashflows.

Private Equity performt besser – gerade in Krisenzeiten

Stefan Echter von Wealthcap erklärt im Interview mit **DPN** vom 15.6., welche Auswirkungen die Corona-Krise auf Private-Equity-Investments hat. Schon im vorigen Jahr habe Wealthcap zusammen mit Professor Oliver Gottschalg von der HEC Paris eine Studie verfasst, die die Performance von Private-Equity-Buyout-Fonds mit der von Aktienmärkten verglichen habe. Dabei habe sich gezeigt, dass bei einer ausreichenden Streuung der Investments die Performance von Private Equity gegenüber börslichen Unternehmensbeteiligungen quer durch alle Marktphasen die stärkere sei. Besonders groß sei die relative Outperformance in schwierigen Marktphasen, wie wohl auch jetzt wieder zu erleben sei. Dabei führe an der strukturell wachsenden Bedeutung von Nachhaltigkeit auch derzeit kein Weg vorbei. Aufgrund des resilienten Charakters vieler nachhaltiger Investitionsstrategien könne die Krise im Gegenteil sogar zu einer Beschleunigung in der Umschichtung institutioneller Portfolios hin zu mehr Nachhaltigkeit führen.

Wie institutionelle Aviation-Fondsprodukte derzeit performen

Florian Martin von KGAL spricht im Interview mit **DPN** vom 19.6. darüber, wie institutionelle Fondsprodukte im Bereich Aviation in der derzeitigen Krisensituation performen. Ihre Performance sei auf drei Weise betroffen: Erstens durch Stundung der Leasing-Einnahmen, zweitens durch eine geringere aktuelle Bewertung der Flugzeuge als Assets am Markt, und drittens dadurch, dass Insolvenzen, die in Form sofortiger Verwertungen zurückgeführter Flugzeuge unklug gemanagt würden, diese negativen Neubewertungen auch tatsächlich realisierten. Der Großteil der institutionellen Investoren sei derzeit mit neuen Engagements zurückhaltend. Was allerdings opportunistische Strategien angehe, sei ein wachsendes Interesse zu beobachten, sowohl bei Bestands- als auch bei

Neuinvestoren, die jetzt von günstigen Einkaufspreisen für Flugzeuge als oft nicht substituierbaren Infrastrukturassets profitieren wollten. Hier stünden vor allem Narrowbodies im Fokus, idealerweise mit bonitätsstarken Low-Cost-Carriern als Leasingnehmern. Die Renditen in diesem Segment seien derzeit rund 50 % höher als vor der Krise.

LINKEDIN

Same same – but distant?



Jürgen Kelber

Dr. Lübke & Kelber

Wie sehr verändert sich unser Leben nach dem Abebben der Corona-Pandemie? Das hängt ganz vom Betrachtungszeitraum ab: Auch wenn einige Aufenthaltsbeschränkungen nach und nach gelockert werden, müssen wir uns kurzfristig an viele neue Verhaltensweisen gewöhnen. Mittelfristig werden diese Änderungen nach und nach zurückgenommen – und langfristig wird wahrscheinlich weitgehend alles wieder beim Alten sein. Warum ich so denke? Ganz einfach: Der Mensch neigt dazu, in seine liebgewonnenen und bewährten Gewohnheiten zurückzufallen, die schließlich auch einen Teil seines Erfolgs und seiner Persönlichkeit ausmachen. Er sehnt sich nach dem zurück, wie er sich schon immer verhalten hat. Und sobald das möglich ist, wird er die Uhr, so weit es geht, auf die Zeit zurückstellen, in der er sich wohler gefühlt hat. Lesen Sie weiter auf [LinkedIn](#).

Schluss mit dem Lehman-Vergleich!



Peyvand Jafari

Plutos Group

Ob Einzelhandel, Außenhandel oder Kurzarbeit: Der Einbruch durch die anhaltende Corona-Krise sei schon heute gravierender als auf dem Tiefpunkt nach der Lehman-Pleite. So oder so ähnlich hört man das hierzulande jetzt tausendfach. Sechs Gründe, warum allerdings die Immobilienwirtschaft bitte damit aufhören sollte, die beiden Krisen gleichzusetzen. Lesen Sie weiter auf [LinkedIn](#).

PB3C News:

Verantwortlich: Holger Friedrichs und Dr. Josef Girshovich. Die Richtigkeit der Darstellung von Fakten in Presseartikeln wird nicht geprüft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht die Meinung der Herausgeber wieder.

Copyright der PB3C News der Woche: PB3C GmbH, Rankestraße 17, 10789 Berlin. Kopien oder Weitergabe als E-Mail ohne vertragliche Vereinbarung mit der PB3C GmbH verstoßen gegen das Urheberrecht.

Über die PB3C GmbH: Die PB3C GmbH ist seit dem Jahr 2000 das führende Beratungsunternehmen in Deutschland für die Positionierung und Kommunikation von Immobilien- und Fondsunternehmen. Sie berät nationale und internationale Kunden in den Bereichen strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kapitalmarktkommunikation und Positionierung. Zu den weiteren Tätigkeitsfeldern zählen die Erstellung von Leistungsbilanzen und Geschäftsberichten, Studien und Researchedokumenten sowie die Konzeption und Texterstellung von Kundenzeitungen, Newslettern, Internetauftritten und Broschüren, des Weiteren die politische Beratung und Unterstützung im Investor-Relations-Bereich. Ausführliche Informationen über das Leistungsspektrum und Referenzen von Kunden der PB3C GmbH finden Sie unter www.pb3c.com oder können Sie unter info@pb3c.com anfordern.